

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
Einleitung	1
Teil 1: Die Menschenrechtsbindung und diesbezügliche Kontrolle der Organe der Vereinten Nationen	5
Kapitel 1: Die Verpflichtung der UN-Organe auf die Menschenrechte.....	7
A. Bindung der UN-Organe an die Menschenrechte über die UNCh.....	7
I. Grundsätzliche Bindung der UN-Organe an die UNCh.....	7
II. Der menschenrechtliche Bindungsgehalt der UNCh	9
1. Präambel der UNCh	10
2. Art. 1 Ziff. 3 UNCh	11
3. Art. 24 Abs. 2 S. 1 i.V.m Art. 1 Ziff. 3 UNCh.....	13
4. Art. 13 Abs. 1 lit. b, Alt. 2 UNCh	15
5. Art. 55 lit. c UNCh	16
6. Art. 62 Abs. 2 und Art. 68 UNCh	17
7. Art. 76 lit. c UNCh	18
III. Zwischenergebnis	18
B. Konkretisierung der menschenrechtlichen Bindung der UN-Organe	19
I. In der UNCh genannte Menschenrechte	19
1. Diskriminierungsverbot	19
2. Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit	20
3. Selbstbestimmungsrecht der Völker.....	20
II. Bindung der UN-Organe an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte?.....	21
III. Bindung der UN-Organe an das allgemeine Völkerrecht.....	25
1. Bindung an das Völkervertragsrecht zum Schutz der Menschenrechte?	25
a) Bindung der UN an das allgemeine Völkervertragsrecht	25
b) Bindung der UN an die Internationalen Menschenrechtspakte von 1966.....	29
c) Weitere von den UN-Mitgliedstaaten unterzeichnete völkerrechtliche Verträge zum Schutz der Menschenrechte – insbesondere die UN-Kinderrechtskonvention	30
d) Zwischenergebnis	32

2. Bindung an das Völkerrechtsgebietsrecht zum Schutz der Menschenrechte?	32
a) Allgemeine Bindung der UN an das Völkerrechtsgebietsrecht	33
b) Konkretisierung der aus dem Völkerrechtsgebietsrecht folgenden Menschenrechte	35
c) Ius cogens-Charakter völkerrechtsrechtlich geltender Menschenrechte	38
aa) Entstehung von Normen mit ius cogens-Charakter	39
bb) Normen und Grundsätze mit ius cogens-Charakter – insbesondere fundamentale Menschenrechte	43
cc) Wirkungen des ius cogens	47
(1) Reichweite des ius cogens	47
(2) Rechtsfolgen von Normen mit ius cogens-Charakter	49
dd) Resümee	50
d) Zwischenergebnis	50
3. Menschenrechte als allgemeine Rechtsgrundsätze	51
C. Resümee	53
Kapitel 2: Interne Kontrolle der UN-Organe im Hinblick auf den Menschenrechtsschutz	55
A. Begriff der „Kontrolle“	56
I. Definitionsversuch.....	56
II. Mögliche Funktionen einer Rechtskontrolle.....	57
III. „Effektivität“ einer Rechtskontrolle im Hinblick auf den Schutz der Menschenrechte	58
1. Kontrolle mit Befugnis zur Korrektur	59
2. Gerichtliche und/oder außergerichtliche Kontrolle?	59
3. Objektive Rechtskontrolle und/oder subjektiver Rechtsschutz?	62
4. Zugang zu der kontrollierenden Instanz	64
5. Unabhängigkeit der Kontrolle	64
6. Sanktions- und Kompensationsmöglichkeiten	65
7. Nachträglichkeit der Kontrolle	66
8. Verbindlichkeit der Kontrollmaßstäbe und Kongruenz mit den Entscheidungsmaßstäben.....	66
9. Genaue Begründung der getroffenen Entscheidung	67
IV. Ergebnis	67
B. Gerichtliche Kontrolle gegenüber den UN-Organen – der IGH als „Weltgerichtshof“?	69

C. Außergerichtliche Kontrolle im Rahmen der Vereinten Nationen.....	76
I. Kontrolle durch den UN-Menschenrechtsrat?.....	76
II. Kontrolle des internen Menschenrechtsschutzes durch verwaltungsähnliche Verfahren im Rahmen des sog. De-listing-Verfahrens	79
1. Zum sog. Taliban-Sanktionsregime	79
2. Rechtsschutz gegen die Listung	80
3. Bewertung des Rechtsschutzes.....	82
III. Interorgankontrolle im Rahmen der Vereinten Nationen	84
IV. Intraorgankontrolle im Rahmen der Vereinten Nationen.....	86
V. Kontrolle durch die UN-Mitgliedstaaten	87
D. Bewertung der UN-internen Kontrolle des Menschenrechtsschutzes gegenüber Handlungen der UN-Organe	91
Teil 2: Die UN und die EU als Mitglieder einer internationalen Gemeinschaft und ihr gemeinsames Verfassungsrecht	95
Vorüberlegungen	95
Kapitel 3: Die internationale Gemeinschaft	103
A. Der Begriff der (internationalen) Gemeinschaft und seine Verwendung im Völkerrecht.....	105
B. Die Globalisierung als Ursache und Voraussetzung für das Entstehen der internationalen Gemeinschaft	109
I. Definition des Begriffs der Globalisierung	110
II. Charakteristika der Globalisierung	112
1. Verstärkte Interaktion und Kooperation zur Lösung globaler Problemlagen.....	112
2. Fortschreitende wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Akteuren	113
3. Herausbildung gemeinschaftlicher Organisationsformen bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust des einzelnen Nationalstaates	114
4. Verstärkung des Bedeutungsverlustes der Staaten durch das Entstehen einer transnationalen Gesellschaft.....	116
III. Ergebnis	118
C. Mitglieder und Akteure der internationalen Gemeinschaft	119
I. Die Menschheit als Basis der internationalen Gemeinschaft	120
II. Staaten	126
III. Regierungsorganisationen als Mitglieder der internationalen Gemeinschaft.....	128
1. Die Vereinten Nationen als Organ der internationalen Gemeinschaft?	132
a) Die UN-Generalversammlung als Weltparlament?	132

b) Der UN-Sicherheitsrat als Weltgesetzgeber oder Weltexekutive ?	134
c) Der IGH als Weltgerichtshof?	138
d) Der UN-Generalsekretär als Agent der internationalen Gemeinschaft? 140	
e) Resümee	141
2. Regional oder funktional beschränkte Organisationen als Akteure der internationalen Gemeinschaft.....	142
3. Fazit	146
IV. Nichtregierungsorganisationen	148
V. Zum Verhältnis der Mitglieder der internationalen Gemeinschaft untereinander	152
D. Ergebnis.....	158
Kapitel 4: Das Verfassungsrecht der internationalen Gemeinschaft.....	161
A. Mögliche Verfassungscharakteristika	162
B. Anerkennung gemeinsamer Werten und Interessen der internationalen Gemeinschaft als materielle Elemente einer völkerrechtlichen Verfassung	171
I. Die UNCh als Ausgangspunkt anerkannter materiell-rechtlicher Prinzipien des Völkerverfassungsrechts	172
II. Insbesondere: Wahrung der Menschenrechte	175
1. Völkerrechtliche Verträge zum Schutze der Menschenrechte	176
2. Menschenrechte als allgemeine Rechtsgrundsätze	179
3. Menschenrechtsschutz als Bedingung für die Anerkennung von Staaten sowie als Aufnahmekriterium in internationale Organisationen.....	180
4. Menschenrechtsverletzungen als Bedrohung des Weltfriedens i. S. d. Art. 39 UNCh	181
5. Das Konzept der „responsibility to protect“	183
6. Der Schutz der Menschenrechte als erga omnes-Pflichten	186
7. Menschenrechtsbindung von internationalen Organisationen	187
8. Menschenrechtsförderung durch die Zivilgesellschaft	188
9. Resümee	189
III. Weitere materiell-rechtliche Gehalte des Völkerverfassungsrechts	190
1. Sicherung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit	190
2. Schutz von „Common Heritages of Mankind“?.....	191
3. Umweltschutz	194
IV. Zwischenergebnis	196
C. Formelle Elemente einer Völkerrechtsverfassung	198

I. Ius cogens als Strukturmerkmal des internationalen Verfassungsrechts	200
1. Unbedingte Normativität des Völkerverfassungsrechts	200
2. Errichtung einer Normenhierarchie durch die Rechtsfigur des ius cogens.....	205
3. Weitere hierarchisierende Elemente in der Völkerrechtsordnung	211
4. Erschwerete Abänderbarkeit als formelles Verfassungsmerkmal	213
II. Schriftlichkeit der Verfassung?.....	215
1. Die UNCh als Verfassungsurkunde der internationalen Gemeinschaft? ..	216
2. Völkerrechtliche Nebenverfassungen	221
III. Zwischenergebnis	223
D. Zur Möglichkeit der gerichtlichen Geltendmachung von Verletzungen des internationalen Verfassungsrechts vor dem IGH	227
Resümee.....	234
Teil 3: Das Verhältnis des unionalen Rechts zum Recht der UN	241
Kapitel 5: Die Bindung der EU an das Recht der UN	243
A. Bindung kraft Völkerrechts?	243
I. Eigene Bindung an das Recht der UN?	244
II. Bindung der EU an die UNCh aufgrund Kompetenzübergangs?	244
1. Analoge Bindung gemäß Art. 31 der Wiener Konvention über die Staaten nachfolge in Verträge?	245
2. Bindung der EU an die UNCh aufgrund informeller Funktionsnachfolge?.....	248
a) Die GATT-Rechtsprechung des EuGH	248
b) Übertragung der GATT-Kriterien auf die Frage der Bindung der EU an die UNCh	250
aa) Bindung aller EU-Mitgliedstaaten an einen vorgemeinschaftlichen Vertrag	250
bb) Kompetenzverschiebung zugunsten der EU	251
cc) Zustimmung zu einer (partiellen) Substitution der Mitgliedstaaten seitens der EU	255
(1) Umsetzung von UN-Resolutionen durch die EU	257
(2) Resolutionsumsetzende Rechtsakte der EU (vormals EG)	258
(3) Vorschläge der EU-Kommission und der Hohen Vertreterin für die GASp	261
(4) (Weitere) Stellungnahmen der EU-Organe	262
(5) Zwischenergebnis	264

dd) Wille der EU-Mitgliedstaaten, die Union an die Verpflichtungen aus dem Altvertrag zu binden?	264
(1) Art. 34 EUV als Ausdruck eines Substitutionswillens seitens der Mitgliedstaaten?	265
(2) Paralleles Tätigwerden im Rahmen des Art. 347 AEUV	267
(3) Eigenständige EU-mitgliedstaatliche Befolgungspflicht von Sicherheitsratsbeschlüssen	271
(4) Praxis der Versendung eigenständiger Umsetzungsberichte an die UN-Gremien	272
(5) Zwischenergebnis	272
ee) Konkludente oder ausdrückliche Zustimmung der übrigen Vertragsparteien zu der partiellen Substitution?	273
(1) Gegenwärtiger Status der EU im Gefüge der Vereinten Nationen	273
(2) Vertragspartnergleiche Stellung nach Art. 48 Abs. 2 UNCh?	275
(3) Kein Adressat von bindenden Beschlüssen des Sicherheitsrates ..	275
(4) Zwischenergebnis	276
ff) Die Rechtsprechung der Unionsgerichte im Hinblick auf die fragliche Substitution	276
(1) Das Urteil des EuGH in der Rechtssache Bosphorus	277
(2) Das Urteil des EuG in der Rechtssache Dorsch Consult	278
(3) Die Urteile des EuG in den Rechtsachen Kadi und Yusuf	279
(4) Das Urteil des EuGH in den verbundenen Rechtssachen Kadi und Al Barakaat International Foundation	282
gg) Ergebnis	284
III. Bindung auf Basis der sog. „Hypothekentheorie“?	285
IV. Bindung aufgrund des Art. 2 Ziff. 6 UNCh?	287
V. Bindung aufgrund des Art. 48 Abs. 2 UNCh?	288
VI. Mittelbare Bindung der EU über Art. 103 UNCh?	289
VII. Bindung kraft Völkergewohnheitsrechts?	292
VIII. Bindung an die UNCh, sofern diese Völkergewohnheitsrecht kodifiziert?	293
IX. Bindung sofern das UN-Recht allgemeine Rechtsgrundsätze feststellt?	295
X. Bindung der EU an die UNCh aufgrund ihres Verfassungscharakters?	295
XI. Die UNCh als „objective regime“?	296
XII. Zwischenergebnis	299

B. Bindung aufgrund EU-rechtlicher Vorgaben?	299
I. Bindung der EU an die UNCh über Art. 351 AEUV?	299
II. Bindung der EU aufgrund des Art. 347 Alt. 3 AEUV?	304
III. Verpflichtung der EU-Organe aufgrund des Grundsatzes der Unionstreue?.....	306
IV. Selbstbindung durch Bezugnahme des EU-Rechts auf die UNCh?	307
1. Bezugnahme des Unionsrechts auf die Vereinten Nationen bzw. die UNCh.....	307
a) Art. 3 Abs. 5 EUV	307
b) Art. 21 EUV	310
c) Art. 42 Abs. 1 u. 7 EUV	311
d) Einschlägige Regelungen im AEUV	312
e) Bezugnahme der EU-GRCh auf die UNCh	313
f) Erklärung Nr. 13 zum Vertrag von Lissabon	314
2. Ergebnis	314
V. Mittelbare Bindung der EU aufgrund innerunionaler Bindung an GASP-Beschlüsse?	315
VI. Mittelbare Bindung über die Rechtsprechung des EuGH?	316
VII. Bindung der EU aufgrund der Mehrfachmitgliedschaft ihrer Mitgliedstaaten?	318
VIII. Vorwirkende Selbstbindung der Union aufgrund ihrer Bestrebungen um eine Vollmitgliedschaft in den UN?	318
IX. Zwischenergebnis	323
C. Ergebnis	324
Kapitel 6: Der Umfang der Bindung	325
A. Grundsätzliche Wirkung und Rang des Völkerrechts in der Unionsrechtsordnung	325
I. Grundsätzliche Wirkung und Rang völkerrechtlicher Verträge in der Unionsrechtsordnung	326
II. Grundsätzliche Wirkung und Rang des allgemeinen Völkerrechts in der EU-Rechtsordnung	329
III. Grundsätzliche Wirkung und Rang völkerrechtlicher Organbeschlüsse im Unionsrecht	331
B. Ausnahme: Normhierarchische Sonderstellung des UN-Recht?	334
I. Absoluter Vorrang des UN-Rechts aufgrund des Art. 103 UNCh?	335
II. Grundsätzliche Akzeptanz des völkerrechtlich angeordneten Vorrangs seitens der EU aufgrund des Art. 351 AEUV	337

III. Zur Rechtsfolge des Art. 103 UNCh im Kollisionsfall	339
IV. Zwischenergebnis	341
C. Rückausnahmen zum grundsätzlichen Vorrang des UN-Rechts.....	341
I. Erste Rückausnahme: Keine Bindung bei ultra vires Handlungen von UN-Organen.....	341
II. Zweite Rückausnahme: Keine Bindung bei Verletzung von ius cogens	343
III. Dritte Rückausnahme: Keine Bindung bei Verletzung von unionalen Verfassungsrechtsgrundsätzen?	345
1. Die Urteile des EuG in den Rechtssachen Kadi und Yusuf	345
a) Kurzdarstellung der hier relevanten Urteilspassagen	345
b) Überblick über Stellungnahmen in der Literatur.....	346
2. Das Urteil des EuGH in der Rechtsache Kadi.....	348
a) Kurzdarstellung der hier relevanten Urteilspassagen	348
b) Überblick über Stellungnahmen in der Literatur.....	349
3. Eigene Stellungnahme zu den Kadi-Urteilen der Unionsgerichte im Hinblick auf die darin etablierte Normenhierarchie.....	354
IV. Eigener Ansatz: Eingeschränkter Vorrang des EU-Verfassungsrechts.....	358
1. Grundsatz: Vorrang des EU-Primärrechts.....	358
2. Einschränkung	364
a) Begrenzung des Vorrangs auf Kernverfassungswerte der Europäischen Union.....	364
b) Begrenzung des Vorrangs auf regionales Völkerrecht	368
c) Erläuterung	369
d) Zwischenergebnis	371
D. Ergebnis.....	374
Übersicht: Normenhierarchie im Hinblick auf das Recht der Vereinten Nationen in der Rechtsordnung der Europäischen Union aus der Perspektive der EU	376
Teil 4: Die unionsgerichtliche Kompetenz zur Gewährleistung kompensierenden Rechtsschutzes.....	377
Kapitel 7: Die Kompetenz der EU-Gerichte zur Überprüfung des UN-Sekundärrechts	378
A. Ausgangsproblematik: Dezentrale gerichtliche Überprüfungskompetenz im Hinblick auf UN-Sekundärrecht?.....	378
B. Die Entscheidungen der Unionsgerichte in den Rechtssachen Kadi und Yusuf sowie vergleichbare Urteile anderer Entscheidungsorgane	381
I. Völkerrechtszentrierter Ansatz: Die Entscheidung des EuG	381

1. Kurzdarstellung der relevanten Passagen aus den Urteilen des EuG in den Rechtssachen Kadi und Yusuf.....	381
2. Stellungnahmen in der Literatur.....	382
II. Unionsrechtszentrierter Ansatz: Die Entscheidung des EuGH.....	385
1. Kurzdarstellung der relevanten Passagen aus dem Kadi-Urteil des EuGH.....	385
2. Stellungnahmen in der Literatur.....	386
III. Vergleich mit Entscheidungen anderer Entscheidungsinstanzen in ähnlichen Fallkonstellationen	388
1. Nationale Gerichtsentscheidungen	389
a) Italien	389
b) Kanada	390
c) Kroatien.....	392
d) Pakistan	392
e) Schweiz	393
f) Türkei	397
g) Vereinigtes Königreich.....	398
aa) House of Lords: Al-Jedda/Secretary of State for Defence	398
bb) Supreme Court: Ahmed and Others v. Her Majesty's Treasury	400
2. Einschlägige Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	404
3. Die Entscheidung des Menschenrechtsausschusses in der Rechtssache Sayadi und Vinck	408
IV. Resümee	412
C. Die unionsgerichtliche Kompetenz zur Prüfung von UN-Recht am Maßstab des ius cogens (Direkte Kontrolle)	414
I. Begründungsansätze	414
1. Unzulässiger Ausfall effektiver Kontroll- und Individualrechtsschutzmechanismen auf globaler Ebene	415
2. Die Unionsgerichte als Organe der internationalen Gemeinschaft im Dienste des internationalen Verfassungsrechts	419
a) Scelles Theorie der funktionellen Verdoppelung („dédoulement fonctionnel“)	419
b) Modifizierte Anwendung der Scelle'schen Theorie	421
3. Notwendigkeit einer Einzelfallabwägung im Fall der Beeinträchtigung von internationalem Verfassungsrecht	427

4. Verpflichtung zur kooperativen Zusammenarbeit bei der Wahrung des Völkerverfassungsrechts	429
a) Völkerrechtliche Begründung einer Kooperationspflicht.....	429
b) Unionsrechtliche Begründung einer Kooperationspflicht	430
5. Kompetenzannäherung zwischen den Unionsgerichten und den UN-Mitgliedstaaten	432
II. Prüfungsmaßstab	433
III. Zwischenergebnis	435
D. Die unionsgerichtliche Kompetenz zur Prüfung UN-Recht-umsetzender EU-Rechtsakte am Maßstab des eigenen Verfassungsrechts (Indirekte Kontrolle)...	438
I. Begründungsansätze	440
1. Die eingeschränkte Bedeutung des Art. 103 UNCh.....	440
2. Das Fehlen einer ausdrücklichen Einschränkung der Jurisdiktionsgewalt	441
3. Sicherung des Bestands der Unionsrechtsordnung	444
4. Notwendigkeit der inneren wie äußeren Einheit der Unionsrechtsordnung.....	446
5. Gewährleistung eines effektiven Individualrechtsschutzes als Kernaufgabe der Unionsverfassungsgerichte	448
II. Prüfungsmaßstab: Elementare Verfassungsgrundsätze der Unionsrechtsordnung	450
III. Zwischenergebnis	451
E. Eigene Schlussfolgerung: Kombinierte Prüfungskompetenz für die Unionsgerichte	452
F. Berücksichtigungspflichten bei der Ausübung der Kontrollkompetenzen	456
I. Solange-Rechtsprechungsgrundsatz	456
1. Die Solange-Entscheidungen des BVerfG	457
2. Das Bosphorus-Urteil des EGMR	460
3. Das Kadi-Urteil des EuGH	461
4. Fazit	464
II. Evidenz-Prinzip	466
III. Völkerrechtliches Rücksichtnahmegerbot	467
IV. Wechselseitige Kommunikation und Bezugnahme.....	469
V. Partielle statt vollständige Nichtigkeit.....	471
VI. Ergebnis	472
Fazit	475
A. Berechtigung und Verpflichtung zur Gewährleistung von kompensierender Kontrolle und Individualrechtsschutz	475

B. Weiterhin bestehende Probleme infolge der dezentralen Rechtskontrolle und diesbezügliche Lösungsmöglichkeiten	477
I. Das Spannungsverhältnis zwischen den Interessen der UN und denen der EU.....	477
II. Die Zwangslage der EU-Mitgliedstaaten.....	478
1. Lösungsmöglichkeiten auf Ebene der EU	479
2. Lösungsmöglichkeiten auf Ebene der UN	480
C. Bedeutung des derzeitigen dezentral gewährleisteten Rechtsschutzes	482
I. Beitrag zur Akzeptanz des UN-Sanktionssystems	482
II. Aufwertung der Grundrechte auf rechtliches Gehör sowie auf ein faires Verfahren	484
III. Ausdruck einer zunehmenden Konstitutionalisierung der internationalen Rechtsordnung	484
IV. Beitrag zur wechselseitigen Beeinflussung des Verhältnisses zwischen EU und UN.....	486
Zusammenfassende Thesen der Arbeit.....	489
Literaturverzeichnis	491
Dokumentenverzeichnis	571
Entscheidungsregister.....	581